

23. Februar 2013

VN-INTERVIEW. Armin Amann (69) von der Plattform „Mehr Demokratie Vorarlberg“

„Wir wollen keine Politik von Parteien für Parteien“

von Andreas Dünser

Armin Amann: „Sehe die Dinge realistisch.“
FOTO: VN/HARTINGER

Die Plattform hat die Schweiz als Vorbild: „Dort tut die Regierung, was das Volk will.“

SCHWARZACH. Die größte Empörung riefen bei der Mehr-Demokratie-Bewegung die Parteienförderung und der Klubzwang hervor.

Ich möchte nicht, dass Österreich in eine Parteienoligarchie abgleitet.

ARMIN AMANN

Was will denn die Plattform „Mehr Demokratie Vorarlberg“ erreichen, Herr Amann?

AMANN: Dass in der Politik ein neuer Weg eingeschlagen wird. Die Parteien machen nur noch für sich selbst Politik. Wir wollen keine Politik von Parteien für Parteien mehr. Wir wollen Politik von der Bevölkerung für die Bevölkerung.

Wer einen neuen Weg einschlagen will, muss mit dem alten Weg unzufrieden sein.

AMANN: Sind wir. Es ist Empörung, es ist Wut. Umfragen zeigen, dass wir damit nicht allein sind. 80 Prozent der Österreicher wollen ein Modell nach Schweizer Vorbild. In Vorarlberg sind es sogar 94 Prozent, die mehr direkte Demokratie wollen. An der Bundesheer-Volksbefragung am 20. Jänner haben sich viel mehr Menschen

beteiligt als erwartet. Auch die Boulevardmedien, die Druck gemacht haben, hatten kaum Einfluss auf die Entscheidung der Bevölkerung. Das zeigt, dass die Bevölkerung sehr reif ist für politische Entscheidungen.

Weswegen sind Sie wütend?

AMANN: Wegen verschiedener Beschlüsse der Bundesregierung – unsere Kritik richtet sich schwerpunktmäßig gegen sie. Aber es gibt auch im Land Vorarlberg und in den Gemeinden viele Dinge, die zu hinterfragen und zu ändern wären. Ganz besonders empört hat uns die Erhöhung der Parteienförderung für die Bundesparteien. Das ist eine Zumutung gegenüber dem Steuerzahler.

Kein Verständnis für die schlecht bezahlten Politiker?

AMANN: Überhaupt kein Verständnis. Der österreichische Bundespräsident verdient mehr als der amerikanische Präsident. Und der österreichische Bundeskanzler verdient mehr als die deutsche Bundeskanzlerin. Das sind doch keine Verhältnisse, da sind doch die Verantwortungen und Größenordnungen völlig andere! Aber mir geht es ja eigentlich um die Parteienförderung. Die Parteien haben sehr viel Geld zur Verfügung, um ihre gescheiterte Politik bei der nächsten Wahl wieder plakatieren und bewerben zu können.

Nehmen Sie aus Ihrer Kritik keine Partei aus?

AMANN: Nein. Parteien, die an der Macht waren, haben diese missbraucht. Und die Parteien, die noch nicht an der Macht waren, würden sich genau so entwickeln. Nur die Schweiz zeigt, wie es gehen könnte: Wenn das Volk das Recht hat, beschlossene Gesetze per Volksabstimmung wieder auszusetzen. Und die Möglichkeit, Reformstillstand zu beenden.

Laut Artikel eins der Bundesverfassung geht das Recht vom Volk aus. Wird dieser Artikel in Österreich gebrochen?

AMANN: Da ist ein Widerspruch in der Verfassung. In Artikel eins der Bundesverfassung steht, dass das Recht vom Volk ausgeht. Weiter hinten wird das Ganze präzisiert. Da sieht die Verfassung vor, dass das Volk durch gewählte Vertreter repräsentiert werden soll. Da steht aber auch, dass diese Volksvertreter ungebunden sein sollen. Und das wird durch den Klubzwang laufend missbraucht. Unser Ansatz wäre, die aus dem Jahre 1919 stammende Bundesverfassung zu ändern.

Diese entstand nach dem Zusammenbruch der Monarchie, nach dem Ersten Weltkrieg, als Notverfassung für den Rumpfstaat Österreich. Seit damals hat sich viel geändert, gesellschaftspolitisch und in vielen anderen Bereichen. Im Übrigen wurde diese Verfassung nie dem Volk vorgelegt. Sie wurde deswegen auch nie vom Volk angenommen und mitgetragen. Diese Verfassung muss unter Mitarbeit aller Bevölkerungsschichten neu konzipiert werden – und dann dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Erst dann wäre die Verfassung rechtens.

Sind Sie ein Revoluzzer?

AMANN: Nein. Ich habe 13 Jahre in der Schweiz gelebt, in Baden bei Zürich. Und ich habe dort mitbekommen, wie es in einem Land zugeht, in dem das Volk die letzte Instanz ist. Dadurch wird der Politiker kontrolliert. In Österreich gibt es diese Kontrolle nicht. Man kann nur bei Wahlen ein Kreuzchen machen, hat aber keinen Einfluss darauf, welche Leute auf den Listen stehen und welche Funktionen die dann bekommen. Ich bin kein Revoluzzer – ich sehe die Dinge nur realistisch. Ich möchte nicht, dass Österreich in eine Parteienoligarchie abgleitet.

Was heißt abgleitet? Weiterhin eine Parteienoligarchie bleibt.

AMANN: Ja, stimmt. Es wird immer schlimmer.

Ihrer Argumentation nach müsste Österreich also politisch die Schweiz werden?

AMANN: Ein System, das funktioniert und das sich bewährt hat, kann man übernehmen. Da muss man nichts Neues erfinden. Natürlich kann Österreich nicht eins zu eins zur Schweiz werden. Aber man kann das System, in dem das Volk das letzte Wort hat, übernehmen. Dann hätten wir auch andere Politiker.

Nach der Bundesheer-Volksbefragung ist nichts mehr passiert – die Bundesheerreform ist in weiter Ferne.

AMANN: Das war eine unverbindliche Volksbefragung. In der Schweizer Verfassung sind solche Volksbefragungen ausdrücklich verboten. Das Volk zu befragen und dann doch tun, was man will – das geht nicht! In der Schweiz wäre es eine Volksabstimmung – für die Regierung verbindlich. Das Volk ist in der Schweiz das oberste gesetzgebende Organ. Und die Regierung hat auszuführen, was das

Volk sagt.

Zur Person

Armin Amann

Pensionist, Mitglied in der Plattform „Mehr Demokratie Vorarlberg“

Geboren: 28. Juni 1943

Ausbildung: HTL, 13 Jahre in der Schweiz bei Brown-Boveri, später in leitenden Funktionen beim E-Werk Frastanz und den Stadtwerken Feldkirch, danach mit einer Firma für Erdwärmesonden selbstständig, „und mit 67 in Pension“.

Wohnort: Schlins

Familie: geschieden, eine Tochter